

Thesen und Schlussfolgerungen zur Atomkraft

These 1: Atomausstieg ist Konsensregelung!

- » Atomausstieg ist zu Zeiten von Rot-Grün verbindlich vereinbart worden, Industrie hat zugestimmt.

These 2: Risiken der Atomkraft sind immer noch nicht beherrschbar!

- » Neue Studie des BfS bestätigt die Gefahr, die von Atomreaktoren ausgeht.
- » Zusammenhang zwischen AKWs und Krebserkrankungen bei Kindern statistisch belegt, nicht nur ein Krümmel-Problem.
- » Fachleute fordern Neufestlegung der Strahlenschutzgrenzwerte. Die jetzigen Grenzwerte stammen noch aus Zeiten der Atombombenversuche.
- » 5-12 Kleinkinder unter 5 Jahren erkranken im 50 km-Radius neu an Leukämie, im 5 km-Radius 1 bis 2 Kleinkinder.
- » Leukämie ist besonders „strahleneigige“ Tumorart.
- » Aktuelles Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgericht stärkt die Rechte der AnwohnerInnen von AKWs zum Schutz durch Terrorgefahren, nicht nur den Staat.
- » Probleme mit der Technik zeigen sich z. B. in Biblis mit den Dübeln, in Brunsbüttel mit der Wasserstoffexplosion, bei den Notstromversorgungen wie in Forsmark, beim Neubau des finnischen Atomreaktors durch Nichteinhaltung von Bauvorschriften usw..

These 3: Atomstrom ist nicht preiswert

- » Haftung für Schäden bei einem Atomunfall liegt praktisch beim Staat, d. h. alle BürgerInnen bezahlen das. Deckungssumme für die AKW-Betreiber ist derzeit nur 2,5 Mrd. EUR. Bei einem GAU mit Räumung des 30 km-Umkreises sind Schadenskosten von etwa 5.000 Mrd. EUR zu erwarten. Fällt diese indirekte Subvention weg, müsste Atomstrom mindestens zwischen 21 ct/kWh bis 1,84 EUR/kWh kosten anstelle 1,7 ct/kWh.
- » Die Atomwirtschaft muss Rückstellungen für die Atommüllentsorgung und den Rückbau der AKW bilden. Diese liegen heute bei etwa 30 Mrd. EUR, die von den AKW-Betreibern steuerfrei selbst verwaltet werden.

1. Schlussfolgerung: Laufzeitverlängerung von AKWs ist unverantwortlich!

- » Umkehrung der Beweislast für die Betreiber ist grüne Forderung. So wie beim Auto muss auch bei AKWs die Gefährdungshaftung maßgeblich werden.
- » Betreiber muss als Verursacher der Gefahr die Sicherheit seines Reaktors nachweisen, nicht die Aufsichtsbehörde die Unsicherheit.
- » Industrie muss sich endlich ernsthaft um die Entsorgung ihres Atommüll kümmern. Moratorium in Gorleben ist bislang nicht genutzt worden zur Standortsuche. Der Salzstock Asse säuft mittlerweile ab, ca. 2014 ist die Grube vollgelaufen, strahlende Laugen verseuchen das Grubengebäude.

2. Schlussfolgerung: Subventionierung der Atomkraft beenden!

- » Volle Haftung der AKW-Betreiber für alle Schäden ohne Haftungsbegrenzung auf 2,5 Mrd. EUR. Die derzeitige Haftungsfreistellung ermöglicht den niedrigen Strompreis.
- » Die bisher von den AKW-Betreibern bilanzierten Mittel für die Atommüllentsorgung und Rückbau der AKW werden bisher für den Kauf von Stadtwerken und Müllentsorgern genutzt. Sie müssen endlich aufgabengebunden in einen öffentlich-rechtlichen Fonds eingebracht werden. Diese Nutzungsbeschränkung sichert die Verfügbarkeit der Mittel zum Schutz der Allgemeinheit und verhindert eine individuelle Gewinnmaximierung zu Lasten der Allgemeinheit.

3. Schlussfolgerung: Bürgerwillen ernst nehmen!

- » Lt. Forsa-Umfrage von Ende August 2006 sind 62% der Deutschen für einen Atomausstieg.

4. Schlussfolgerung: Die behauptete Stromlücke gibt es nicht!

- » Der Stromverbrauch hat sich vom Wirtschaftswachstum entkoppelt. Verhältnis BIP zu Stromverbrauch sinkt von knapp 6 in 2003 auf unter 5,7 in 2007. BIP-Anstieg in 2006 2,9 % hat nur Anstieg Stromverbrauch um 0,8 % gebracht, 2007 bei 2,5 % BIP-Anstieg sogar nur 0,1 % Verbrauchsanstieg.
- » Verbrauch in Norddeutschland zur Zeit etwa 80.000 GWh (SH 13.500 GWh, HH 12.300 GWh, NI 54.200 GWh), in Deutschland ca. 800.000 GWh. Sinkt nach BMU-Leitstudie 2007 um 4,5 % bis 2020 und 14 % bis 2050.
- » Windenergie Onshore und Offshore ist zukünftig die Basisversorgung in Norddeutschland mit 76.000 GWh und etwa 70 % des erzeugten Stroms ohne AKWs und zusätzliche Kohlekraftwerke ab 2020.
- » Windkraft deckt ab 2020 den Gesamtbedarf an Strom in Norddeutschland.
- » 2007 produzierte Windenergie in Schleswig-Holstein schon 36 % des Stromverbrauchs durch 2.500 Windräder mit 2.300 MW Leistung. WEA stellen mehr Leistung als Brokdorf zur Verfügung.

5. Schlussfolgerung: Wirksames Ausgleichssystem ist erforderlich!

- » Windkraft stellt die Quasi-Grundlast dar, nach der sich alle richten müssen, auch von den Kosten her.
- » Netzsteuerung muss lokalisiert werden, damit im Störfall einzelne Inseln mit eigener Erzeugung durch BHKW und erneuerbare Energien weiter betrieben werden können.
- » Schnell reagierende Regelsysteme sind erforderlich z. B. Gaskraftwerke oder gasbetriebene BHKW sowie Schaffung von lokaler Netzsteuerungskompetenz. AKWs sind dafür völlig ungeeignet.
- » Hochleistungsnetz für verlustarmen Transport und Austausch des Stroms über weite Strecken in Europa ist erforderlich. Technik dazu ist vorhanden durch Hochspannungsgleichstrom-Übertragung (HGÜ). Nur noch 3 % Verlust pro 1.000 km anstelle 6 % pro 100 km.
- » Derzeit kommen von 1.000 in Schleswig-Holstein eingespeisten 1.000 kWh im Süden Deutschlands nur noch etwa 400 kWh an, 600 kWh werden zur Heizung der bisherigen Hochspannungsleitungen genutzt. Bei HGÜ-Technik kommen 970 kWh in Süddeutschland an.
- » Stromaustausch mit Wasserkraft in Norwegen und der Schweiz als Basis heute schon möglich.
- » Eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Erzeugung wie in Dänemark dringend erforderlich, um Verzögerungstaktik und Benachteiligung anderer Erzeuger zu beseitigen.
- » Ganzheitliche Betrachtung ist erforderlich z. B. Speichersysteme durch Elektroautos anstelle Benzin- oder Dieselaautos.

6. Schlussfolgerung: Erneuerbare Energie sichern Arbeitsplätze und Gemeindeeinnahmen

- » Erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze in Norddeutschland:
 - » Derzeit schon je 7.000 Beschäftigte in Schleswig-Holstein und Niedersachsen in Windbranche.
 - » Windbranche sucht dauernd neue MitarbeiterInnen.
- » Erneuerbare Energien sichern Gewerbesteuerereinnahmen für viele Kommunen:
 - » 0,5 bis 2 Mio. auf Kreisebene sind in den Küstenkreisen pro Jahr möglich.
 - » Beispiel Reußenköge: 0,8 Mio. in 2006 bei 85 MW installierter Leistung und 200 GWh Energieertrag.
 - » 5,8 Mio. € Gewerbesteuerereinnahmen in 2004 für alle Gemeinden in Schleswig-Holstein aus der Windkraft, etwa 5 % des Gesamtaufkommens.

- » Pro MW installierter Leistung bei 20 Jahren Laufdauer bringt eine Windenergieanlage insgesamt über 100.000 € an Gewerbesteuer.
- » AKWs bringt Gewerbesteuer erst, wenn die Gewinne nach Ende der Abschreibungszeit sprudeln.

7. Schlussfolgerung: Erneuerbare Energien sind und bleiben preiswert!

- » Erneuerbare Energien benötigen nur die Kraft der Sonne und Brennstoffe.
- » Die Kraft der Sonne steht kostenlos und für heutige Verhältnisse unendlich zur Verfügung.
- » Stromkosten aus erneuerbaren Energien sind im wesentlichen geprägt von den Anlagenkosten und unterliegen damit keinen Schwankungen im laufenden Betrieb.
- » Fossile und atomare Brennstoffe sind endlich. Durch Verknappung werden sie kontinuierlich teurer. Der Strompreis aus diesen Anlagen steigt mit den Brennstoffpreisen.

Zusammenfassung:

Umdenken in der Energieerzeugung für einen wirksamen Klimaschutz nicht durch Verharren in „Steinzeit“-Technologien blockieren

So sichern wir die Zukunft:

- » E³ = Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien
- » Windstrom als Basis + lokale Erzeugung mit Kraft-Wärme-Kopplung + Austausch über freie und leistungsfähige Netze

Wer nah an der Realität bleiben will, muss sich mit den grünen Thesen vertraut machen!

Dr. Valerie Wilms
Sprecherin Bundesarbeitsgemeinschaft Energie Bündnis 90/Die Grünen

Kontakt:
info@valerie-wilms.de
04103-13566
www.valerie-wilms.de